

BREXIT

Kurz vor der als entscheidend bezeichneten EU-Gipfel-Begegnung sei festgehalten, was aus meiner Sicht von den EU-UK-Verhandlungen zu halten ist.

Dabei ist zu analysieren, was die britischen Forderungen für die Zukunft der EU bedeuten.

Das wichtigste ist, dass hier ein Mitgliedstaat die anderen mit der klaren Ansage zu erpressen versucht, es wolle seine Position gegenüber den anderen verbessern. Dabei wird nicht behauptet, man sei bisher benachteiligt – das wäre ja auch absurd in Anbetracht des Briten-Rabatts bei den Beiträgen. Nein, es geht nur um nationalen Egoismus. Das wird Schule machen. Warum sollten andere nicht ebenso eine nationale Besserstellung erpresserisch fordern? **Dieser Gesichtspunkt spricht bereits gegen ein Entgegenkommen der 27 anderen.**

Am zweit-schwersten wiegt die Forderung, das Vereinigte Königreich dürfe als Nicht-Euro-Staat nicht diskriminiert werden. D.h. es wird verlangt, engere Zusammenarbeit zwischen den Euro-Staaten mit dem Hinweis auf eine vermeintliche Diskriminierung verhindern zu dürfen. UK würde so ein Europa der zwei (oder mehr) Geschwindigkeiten verhindern können. **Das darf nicht akzeptiert werden.**

Erheblich ist die Forderung gegen die Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt. Hierzu habe ich eine gewisse Sympathie für die Forderung, ausländischen EU-Bürgern Sozialleistungen in der geforderten Weise vorzuenthalten. Da müssten dann die Herkunftsländer einspringen. Eine solche Regelung wäre allerdings nur fair, wenn sie für alle gälte. Das aber ginge nur bei Veränderungen in den Verträgen. Die Verträge aber in allen 28 Mitgliedstaaten neu beschließen zu lassen (in einigen Ländern durch Volksabstimmung), hieße, die EU zu begraben. Auch UK muss bedenken, dass eine Ablehnung der Änderungen in nur einem Land die bisherigen Regelungen in Kraft hielte. Um sicher zu sein, dass UK das Verhandlungsergebnis auch rechtlich zugestanden wird, müsste die UK-Regierung das Referendum verschieben, bis alle 27 Abstimmungen in den Partnerländern abgeschlossen sind! **Aus Sicht der EU könnte man hier also Versprechungen machen, die dann in den Einzelstaaten scheitern.**

Die britische Forderung, die **Regelungsdichte europäischer Verordnungen** zu vermindern, wird weithin Zustimmung finden. Auch hier kann nur die Zukunft zeigen, ob das gelingt. Denn es sind ja immer wieder die Mitgliedstaaten, die spezielle Wünsche haben. In vielen, ja wohl in den meisten Fällen geht es um den freien Wareverkehr zwischen den Mitgliedstaaten, der ja nur bei einheitlichen Regeln funktionieren kann.

Schaut man auf die **strategischen Positionen der EU und der Briten** andererseits, so ist die EU-Position eigentlich wesentlich stärker. Sicher würden beide, UK und EU, insbesondere wirtschaftliche Nachteile erleiden, wenn UK austritt. Die außenpolitische und militärische Kooperation wäre weniger betroffen als allgemein ein-

geschätzt: schließlich bindet die NATO und die gemeinsamen Interessen gegenüber den meisten anderen Regionen der Welt.

UK hätte aber noch weitere spezifische Nachteile: es verlöre Schottland, das sich der EU anschließen würde, und es verlöre (mindestens spürbar) Einkünfte aus dem geschwächten Finanzzentrum London, d.h. **die britischen Verluste wäre wesentlich größer als die der anderen EU-Staaten**. Zudem bliebe UK aus Eigeninteresse am Freihandel mit den EU-Staaten interessiert, müsste sich dann wie Norwegen an Regeln halten, auf die es keinen Einfluss mehr hätte.

Für die EU wäre der BREXIT ebenfalls eine Schwächung ihres Gewichtes. Die derzeitige deutsche Dominanz würde für manche politischen Kräfte in den Mitgliedstaaten noch unangenehmer. Der Druck, die gemeinsame Währung als gefällige Selbstbedienung zur Behebung sozialer und politischer Probleme zu nutzen, würde übergroß. D.h. der EURO würde entsprechend der romanischen und griechischen Sozialisten und Sozialdemokraten zur staatsfinanzierenden Weichwährung. Die Staatsverschuldungen und mittelfristig auch die Inflationsraten stiegen. Möglicherweise würden Abwertungseffekte allerdings exportstarken Nationen Vorteile schaffen.

Die mit dem Brexit gleichzeitige Solidaritätskrise zwischen den Staaten im Zusammenhang mit den Flüchtlingsströmen sowie das bald nicht mehr zu verheimlichende Griechenland-Debakel, die überall zunehmende Zustimmung zu nationalistisch-egoistischen oder auch nur populistisch-dummen, ja sogar autoritär-illiberalen Parteien, **all diese Entwicklungen lassen es manchen als ratsam erscheinen, den Briten weit entgegenzukommen**.

Mir nicht. Mir leuchtet nicht ein, dass die EU Verschlechterungen zugunsten Großbritanniens hinnehmen sollte, nur um diesem Land noch größere Nachteile zu ersparen. 10 Jahre nach dem BREXIT würde UK wahrscheinlich einen neuen Aufnahmeantrag stellen, falls es die EU dann noch gibt.

Aber auch ein BREXIT, für sich verkräftbar, garantiert kein Überleben jenes Europa-Traums, der einen Kern meiner politischen Vision noch ist (oder schon „war“?)

Gerd Eisenbeiß , Bonn, 2. Februar 2016